

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 5

Artikel: Osthandel "für die Polen"
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093757>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Osthandel «für die Polen»

Eine Stellungnahme von Bohdan Gorski

Ueber den Umgang mit dem kommunistisch geführten Sowjetlager streitet man sich im Westen vor allem nach Massgabe der jeweiligen politischen Sympathie. Der Osthandel aber ist darüber hinaus spezifisch ein umstrittenes Traktandum ausserhalb der ideologischen Affinitäten. Zur Debatte steht dabei nicht nur der wirtschaftliche Ertrag, sondern ausgesprochen auch der politische Nutzen für eine Welt mit weniger Totalitarismus. Auf die nichtkommunistische Osthandels-Apologik wollen wir hier eingehen.

Die Anhänger enger Wirtschaftsbeziehungen des Westens zum Osten sehen die ökonomische Öffnung im Rahmen einer ausgleichenden Politik. Sie befürworten die Gewährung von Billigkrediten und den Ausbau des östlichen Wirtschaftspotentials durch Kapital- und Technologietransfer mit dem Argument, das trage zur Steigerung des Bevölkerungswohlstandes bei, zur Lockerung von Bindungen und Abhängigkeiten zwischen dem Moskauer Zentrum und den Satellitenländern, zur Entschärfung des «Ost-West-Konfliktes» und zur weltweiten Beruhigung insgesamt.

Nun ist die gegenwärtige Lage in Polen ein Paradebeispiel dafür, dass die hochgestimmten Erwartungen falsch sind.

Polen hat die besten Voraussetzungen für ein gutes Gedeihen. Es ist ein rohstoffreiches Land, es hat eine grosse und gut ausgebildete technische Elite. Und es ist vom Westen rund ein Jahrzehnt lang bevorzugt gefördert worden mit einer gewaltigen Kredit- und Technologiespritze. Resultat? 28 Milliarden Auslandschulden, und das Geld ist weder der Bevölkerung noch der zivilen Wirtschaft zugute gekommen. Statt des «logischen» Wirtschaftswunders gibt es eine eklatante Wirtschaftskrise, statt des Wohlstandes die Misere. Das Volk steht am Rande der Hungersnot und ist zum Empfänger milder Gaben geworden.

Unhaltbare Zustände haben zur (gewaltlosen) Auflehnung der Bevölkerung geführt, diese wiederum zur gewaltsamen Einführung einer Militärdiktatur, die selber unter sowjetischem Diktat steht.

Und die Folgerung aus dieser Folge? Der Westen soll weiterhin an seiner wirtschaftlichen Hilfe festhalten, jetzt sogar erst recht, und ohne Bedingungen. So lautet (ein Beispiel für viele) die Meinung von Marion Gräfin Dönhoff, dargelegt in der «Zeit» (Hamburg, 12. Februar 1982). Sanktionen gegen die Sowjets oder ihren Strohmann sollten unterbleiben. Denn, so heisst die Begründung, die man in Westeuropa nachgerade überall zu hören kriegt, es wäre nur das polnische Volk selber, das darunter zu leiden hätte.

Leidet denn das polnische Volk an mangelnden Krediten? Ganz konkret: nein. Das Volk leidet unmittelbar unter dem Mangel an Gütern des Grundbedarfs. Es fehlt an Nahrungsmitteln. An Kleidern, Wohnungen, Baumaterial, an Zahnpasta oder Toilettenpapier. Und da gilt es deutlich zu sehen: Es sind *nicht* westliche Kredite oder Computerlieferungen, die diesen Mangel beheben können; sie haben es nicht getan und sie werden es nicht tun. Was sie bewirken, ist etwas anderes: Sie helfen einem System, das diese Mängel *verursacht*.

Polen hat einen (politischen, staatlichen, wirtschaftlichen) Verwaltungsapparat, der ineffi-

zient und reformbedürftig ist. Was in Polen bankrott ist, das ist das System. Die Bevölkerung hat das verstanden, und man steht in keiner Weise zu ihr, wenn man das im Westen nicht wahrhaben will.

Die wahrheitsgetreue Reaktion des Westens auf diese Sachlage wäre es in der Tat, Polen für zahlungsunfähig zu erklären (ein Gedanke, der in Westeuropa nicht nur Marion Dönhoff mit Abscheu erfüllt). Und der beste Einwand dagegen ist rein praktischer Natur: Die Sowjetunion, die jahrelang Polen durch einen ungeheuren Verrechnungsschwindel ausgesaugt hat (siehe ZB, Nr. 1/1982: «Deshalb ging Polen pleite»), wäre damit ihre stellvertretenden Rückzahlungssorgen los und würde entlastet.

Jedenfalls: Polen braucht weder Kredite noch Technologie aus dem Westen, um sich zu ernähren, sondern ganz andere Dinge: vordringlich eine Reform der Gesamtverwaltung (das hatte die Solidarnosc gefordert; für diesen «Extremismus» bestraft man sie), eine Umorientierung der Investitionspolitik, ein leistungsfähiges Management.

In diesem Zusammenhang sind Kredite nicht nur unnützlich, sondern direkt *schädlich*. Die Nomenklatura wird sie bloss einsetzen, um das alte System zusammenzukleben und die erforderlichen Reformen zu umgehen. Für diesen systemgerechten Vorgang war ja schon Giereks Politik ein an sich lehrreiches Beispiel gewesen; die westeuropäische Politik versagt es sich lediglich, die Lehre zu ziehen.

Nicht, dass man auf den polnischen Präzedenzfall allein angewiesen wäre. Schon in den dreissiger Jahren hatte die Sowjetunion grosszügige Wirtschaftskredite aus dem Westen erhalten (Stalin zahlte unter anderem mit Getreidelieferungen, während eine Hungersnot das Land verheerte). Mit Geld und Technologie aus dem Westen baute man damals eine Grossindustrie auf, zum Beispiel das Gorki-Werk Nr. 12, die Kirow-Werke in Tscheljabinsk, den «Uralmasch», die Stahlwerke von Magnitogorsk und andere Werke. Sie sollten nach der offiziellen Version zuhelfen der Geldgeber der Produktion von zivilen Dingen wie Landmaschinen und Traktoren dienen, aber dann wurden sie fröhlich auf Kriegsrüstung umgestellt (siehe dazu Antony C. Sutton: «Der leise Selbstmord», Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern).

Andererseits dienten die Schlagwörter vom Traktorenbau zum innersowjetischen Gebrauch als Vorwand, um den Bauern ihr Bauerntum auszutreiben: «Wir brauchen keine Bauern, sondern Traktoren und Kombinen. Wir wandeln die Dorfproduktion um in Getreidefabriken.» Diese Zukunftsverheissung stand am Anfang der «Entwicklung», die zum millionenfachen Bauernmord führte, zum grössten Volksmord der russischen Geschichte.

In Polen nun gab es keinen Massenmord, aber doch eine Politik der ökonomischen Bauernliquidierung. Das Gierek-Regime wollte durch wirtschaftlichen Druck das polnische Dorf hungern und zur Kollektivierung zwingen. Das hatte Konsequenzen. Die Knappheit an

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise (Inland)

Fr. 39.— jährlich
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
Einzelnummer Fr. 2.—

ZB-Auslandpreise

Fr. 42.—/DM 48.—
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80

Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die aufzuziehende Versorgungskrise überhaupt, zwangen das Regime zu immer grösseren Importen und Kreditaufnahmen. Mit den westlichen Krediten baute man «zum Ausgleich» gigantische Industrieprojekte, die keinerlei Beziehung zur Nachfrage auf dem Binnenmarkt hatten.

Umso mehr freilich zu den machtbezogenen Ansprüchen im RGW-Lager, in der Sowjetunion. Polen musste der Sowjetunion zu miserablen Umrechnungspreisen immer mehr Industriegüter liefern, und die sowjetische Armee konnte via polnischen Technologie-Transit ihre elektronische Ausrüstung noch weiter modernisieren. Auch und gerade aus dieser Sicht: Die westlichen Kredite stehen in keiner Beziehung zur polnischen Bedarfsdeckung, dienen aber umso besser dem zielbewussten Machtaufbau der Nomenklatura im gesamten Sowjetlager.

★★★

So ist die Sachlage. Aber weil die westeuropäischen Ostpolitiker und Kommentatoren sie nicht gerne sehen wollen, weil sie sonst ihre eigenen Lieblingsgedanken von Jahren oder Jahrzehnten desavouieren müssten, sind sie auf eine probate Umlenkung gekommen. Sie stellen den evidenten Sachverhalt als Meinung von Reagan vor und fragen dann entrüstet bis besorgt, ob man sich denn diesem eingesehenen Muskelprotz zu beugen habe. Womit man die Thematik mutig, offen und frontal so anpackt, dass man ihrem sachlichen Inhalt ausweicht. Und gleichzeitig einen antiamerikanischen Mobilisationseffekt erzielt, der den Sowjets ebenso willkommen ist wie das Geld «für Polen».

Mag sein, dass Geld nicht stinkt. Aber die heuchlerische Polen-Liebe, in die es eingepackt wird, die stinkt für die polnische Bevölkerung nach Verrat.

POLITWITZE

Stimmt es, dass in Polen der Sozialismus wiederhergestellt wird?

Im Prinzip ja, aber ganz abgeschafft wurde er dort nie. Auf dem Versorgungssektor konnten die sozialistischen Verhältnisse beibehalten und vervollkommen werden.

*

Stimmt es, dass wir von der ungarischen Landwirtschaft lernen sollen?

Im Prinzip nein. Die Ungarn haben bloss auf ihre Verhältnisse übertragen, was sie von uns gelernt haben. Für uns stellt sich umgekehrt die Frage, wie wir die ungarischen Verhältnisse auf unsere Landwirtschaft übertragen können.

*

Stimmt es, dass Genosse Barchomenko der grösste Erfinder aller Zeiten ist?

Im Prinzip nein. Gewiss hat Genosse Barchomenko das Toilettenpapier erfunden, die Streichhölzer, das Läusepulver, den Ultraschall, das Bierglas und viele andere Dinge mehr. Indessen gibt es einen noch grösseren Erfinder, den Genossen Murilenko. Denn dieser hat den Genossen Barchomenko erfunden.

*

Bei uns im Hause ist im letzten Winter immer wieder Schmelzwasser durch die Decke gedrungen. Wieso haben wir solche Wohnzustände?

Keine Ahnung. Oder hat am Ende bei euch die Heizung funktioniert?

*

nicht mehr so unwahrscheinlich ausnimmt: Jährlich würden in der UdSSR 80 Milliarden amtliche Dokumente gefertigt.

Der Zuwachs der Spareinlagen der Bevölkerung der UdSSR macht 13 bis 15 Prozent im Jahr aus. Dies übersteigt den Zuwachs der realen Einkommen pro Kopf bedeutend (4 bis 5 Prozent im 10. Fünfjahresplan gemäss offiziellen Angaben). Ein Grund für diese Steigerung liegt auf der Hand: die Nachfrage nach Waren wird nicht befriedigt. Ein weiterer möglicher Grund: die Schwarzverdienste sind unverhältnismässig gestiegen.

*

An den jugoslawischen Universitäten fehlen 77 Dozenten für Marxismus. Da werden die vorhandenen wohl in überfüllten Hörsälen wirken müssen? Aber nein: «Es fehlen andererseits auch Marxismus-Studenten.» («Vjesnik», Zagreb, 16. 2. 1982) Zu befriedigen ist da offenbar ein Plansoll, nicht aber eine Nachfrage.

In Kürze

Wenn ein neues sowjetisches Industrieprodukt auf den Binnenmarkt gelangt, hält es zwar nicht notwendigerweise jeder Prüfung durch den Käufer stand, aber dass es ungeprüft angeboten würde, kann man wahrhaftig nicht behaupten. Die «Prawda» (15. 1. 1982) eruierte, dass eine Waschmaschine von 130 zuständigen Stellen begutachtet wurde, bevor man sie zum Verkauf freigab. Und jede Instanz stellte ein Zertifikat aus. Wonach sich eine Berechnung von «Sozialistischeskaja industrija» (Moskau, 14. 1. 1982)

SOWJETUNION intern

Bulletin des Instituts für Sowjet-Studien

verfasst und herausgegeben
von Nikolaij Nor-Mesek und Wolfgang Rieper

Erscheinungszeitraum 1982/83

Band XIII **DIE MITGLIEDER DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– gewählt auf dem 26. Kongress der KPdSU –
ISBN 3-88564-180-1

Band XIV **DER APPARAT DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– Militärabteilung – ISBN 3-88564-280-8

Band XV **DER APPARAT DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– Aussenpolitischer Bereich – ISBN 3-88564-380-4

Band XVI **DER APPARAT DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– Ideologischer Bereich – ISBN 3-88564-480-0

Band XVII **DER APPARAT DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– Wirtschaftsbereich – ISBN 3-88564-580-7

Band XVIII **DIE KANDIDATEN DES ZENTRALEKOMITEES DER KPDSU**

– gewählt auf dem 26. Kongress der KPdSU –
ISBN 3-88564-680-3

Band XIX

DIE MITGLIEDER DER ZENTRALEN REVISIONSKOMMISSION DER KPDSU

– gewählt auf dem 26. Kongress der KPdSU –
ISBN 3-88564-780-X

REGISTER III

ISBN 3-88564-880-6

Bandpreis DM 360,-, im Abonnement DM 320,- (zuzüglich Versandkosten).
Nachtragsbände zu den Einzelbänden ca. DM 150,-
(Abonnenten ca. DM 120,-).

**Bestellungen über Institut für Sowjet-Studien
Referat Dokumentation/Information
Postfach 970101
D-6000 Frankfurt am Main 97**